

Informationen zur Datenverarbeitung nach Art. 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für Mandanten / Interessenten

Mit den nachfolgenden Informationen stellen wir Ihnen dar, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen in einem Mandatsverhältnis verarbeiten oder wenn Sie mit uns aus Interesse an unseren anwaltlichen Dienstleistungen in Kontakt treten.

1. Verantwortlicher

Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist

PAULY & Partner, Partnerschaftsgesellschaft mbB (PAULY & Partner), Rechtsanwälte und Fachanwälte für Arbeitsrecht,

Kurt-Schumacher-Straße 22, 53113 Bonn,

E-Mail: info@paulypartner.de, Telefon: +49 (228) 6 20 90 00, Fax: +49 (228) 6 20 90 90.

2. Datenschutzbeauftragter

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

- DPA Drewes Privacy Advice GmbH
- Datenschutzbeauftragter
- Kurt-Schumacher-Str. 22
- D-53113 Bonn

Gerne auch per E-Mail: datenschutz@paulypartner.de

3. Datenkategorien

Im Rahmen unserer Beratungstätigkeit verarbeiten wir folgende personenbezogene Daten:

- Kontaktdaten: Vor- und Nachname, E-Mail-Adresse, Anschrift, Telefonnummern, Position, Mandant bzw. zugehöriges Unternehmen/Stelle;
- Beratungsdaten: Inhalte von Anfragen, Beratungskommunikation, Dokumente, Aktennotizen;
- Tätigkeitsdaten: Beratungsdokumentation, Leistungsnachweise, Abrechnungen weitere Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind.

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

a. Vorbereitung und Durchführung unserer Beratungstätigkeit

Die Datenverarbeitung im Rahmen der Vertragserfüllung umfasst die Verarbeitung von Daten zu folgenden Zwecken:

- Kontaktierung als Mandant,
- Korrespondenz mit Ihnen,
- anwaltliche Beratung und Vertretung (gerichtlich/außergerichtlich),
- Rechnungsstellung,
- Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der
- Geltendmachung etwaiger Ansprüche.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Anfrage und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den o.g. genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Im Falle unserer Mandatierung kann eine angemessene anwaltliche Beratung und Vertretung Ihrer rechtlichen Interessen nur unter der Voraussetzung der Erhebung bestimmter personenbezogener Daten gewährleistet werden. Ohne diese Daten werden wir in der Regel das Mandat ablehnen oder ggf. beenden müssen.

PAULY & Partner bezieht Ihre persönlichen Daten auch aus Drittquellen, soweit es nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Durchführung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist. Hiervor umfasst ist ggf. auch die Erhebung weiterer persönlicher Daten bei Verfahrensgegnern und deren Vertretern (z.B. Rechtsanwälten), Sachverständigen, Gerichten und anderen öffentlichen Behörden sowie aus öffentlichen zugänglichen Quellen, soweit es für die anwaltliche Beratung sowie für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte erforderlich ist.

b. Datenverarbeitung als Gegner oder sonstiger Verfahrensbeteiligter

Aufgrund unserer Mandatstätigkeit verarbeiten wir auch personenbezogene Daten von Ihnen als Verfahrensgegner, deren Vertreter (z.B. Rechtsanwälten), Sachverständige, Richter, Gerichtsmitarbeiter und Sachbearbeiter in öffentlichen Behörden. Diese Verarbeitung ist erforderlich, um unseren Vertrag mit dem Mandanten zu erbringen und daher nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. b – oder weitergehend nach Buchst. f - DSGVO gerechtfertigt. Diese Datenverarbeitung erfolgt, um den Mandatsvertrag zu erfüllen.

Für diese Verarbeitungsvorgänge gelten die in diesem Dokument beschriebenen Grundlagen, auch zu Ihren Rechten als Betroffener. Beachten Sie aber, dass aufgrund des besonders geschützten Anwaltsgeheimnisses Ihre Rechte stark eingeschränkt sind. Es ist uns in vielen Fällen untersagt, Informationen zu Ihnen herauszugeben, wenn die Verträge mit unseren Mandanten betroffen sind (§ 203 StGB).

Die insoweit verarbeiteten Daten erhalten wir vorrangig von unseren Mandanten. Weiterhin können wir die Informationen auch aus öffentlichen Quellen erhalten, z.B. Websites,

Gerichts- und Behördenkontaktverzeichnisse usw. Auch Kollegen und Gegner können uns entsprechende Informationen bereitstellen.

c. Erfüllung von rechtlichen Verpflichtungen

Wir verarbeiten personenbezogene Daten auch, um gesetzliche Verpflichtungen, denen wir unterliegen, einzuhalten. Derartige Verpflichtungen ergeben sich z.B. aus dem Handels-, dem Steuer-, dem Geldwäsche-, dem Finanz- oder dem Strafrecht. Die Zwecke der Verarbeitung ergeben sich dabei aus der jeweiligen gesetzlichen Verpflichtung; die Verarbeitung dient in diesen Fällen in der Regel dem Zweck, staatlichen Kontroll- und Auskunftspflichten nachzukommen. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO.

5. Empfänger / Kategorien von Empfängern

Wir geben Ihre personenbezogenen Daten nur dann weiter, wenn dies zur Durchführung unserer Beratungstätigkeit erforderlich ist oder eine andere gesetzliche Erlaubnis besteht.

Externe Empfänger können sein:

- Gerichte und andere Behörden bzw. staatliche Institutionen, an die wir aus gesetzlich zwingenden Gründen personenbezogene Daten übermitteln müssen.
- Verfahrensgegner und deren Vertreter
- Von uns beauftragte Dienstleister, die wir für die Erbringung von Services einsetzen, beispielsweise in den Bereichen der technischen Infrastruktur und Wartung unserer IT-Systeme oder zur Unterstützung nutzen (z.B. Buchhaltung, Steuerberater).
- Ansprechpartner unserer Mandanten, andere Unternehmen oder Stellen, die für die Mandatsbearbeitung kontaktiert werden, sowie Hilfspersonen, an die Daten auf Basis einer Rechtsgrundlage übermittelt werden. Hierzu gehört auch die Rechtsschutzversicherung.

6. Pflicht zur Bereitstellung

Sie sind nicht verpflichtet, uns personenbezogene Daten bereitzustellen. Allerdings ist je nach Einzelfall die Bereitstellung bestimmter personenbezogener Daten für eine Beratung erforderlich. Wenn Sie uns diese personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann es sein, dass wir keine Beratung werden durchführen können.

7. Speicherdauer

Die für die Beratungstätigkeit von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gelöscht, es sei denn, dass wir aufgrund von gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind. In diesem Fall löschen wir Ihre personenbezogenen Daten

nach Wegfall der gesetzlichen Verpflichtung. Im Falle eines rechtskräftigen Titels besteht eine längere Aufbewahrungsfrist, in der Regel 30 Jahre.

8. Betroffenenrechte

Als Betroffener haben Sie nach der DSGVO folgende Rechte, soweit deren jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO) mit den Einschränkungen nach §§ 34, 35 BDSG;
- Recht auf Berichtigung von unrichtigen Daten (Art. 16 DSGVO);
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO) mit den Einschränkungen nach §§ 34, 35 BDSG;
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 18 DSGVO);
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO);
- Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO);
- Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht (Art. 21 (I) DSGVO) aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben und eine Datenverarbeitung nach Art. 6 (I) e) und Art. 6 (I) f) DSGVO betreffen. Der Widerspruch kann an die o.g. Kontaktdaten erfolgen

Weiterhin haben Sie das Recht, eine Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde einzureichen, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten rechtswidrig ist.

Bonn, den 01.11.2019